



# DEMOKRATISIERUNG

» Wie wird die freiheitliche Demokratie auf allen Ebenen in allen europäischen Ländern gestärkt? «



**SPD**

Folgen

Europa ist stark, wenn seine Demokratie geachtet wird. Ist ein Mitgliedsstaat nicht demokratisch, soll das Folgen haben: Wer z. B. Richter\*innen nicht frei arbeiten lässt oder die Presse behindert, soll hohe Geldstrafen zahlen müssen. Wer das weitermacht, soll zudem sein Stimmrecht als Mitgliedstaat für eine Zeit verlieren, auch, um durch unsachliche Widersprüche die EU nicht am Arbeiten zu hindern. Zudem wollen wir, dass konsequent gegen Falschmeldungen auf Internet-Plattformen vorgegangen wird.

**DIE LINKE.**

Folgen

Demokratie heißt nicht nur politische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Mindestlöhne, Maßnahmen gegen (Alters-)Armut & Jugendarbeitslosigkeit, soziale Absicherung, und soziale Rechte stärken die Demokratie genauso wie gerechte Steuerpolitik und andere Formen der Umverteilung von oben nach unten.

Die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten soll regelmäßig in jedem Land geprüft werden. Auf Verstöße müssen Sanktionen folgen. Demokratie darf nicht an den Werkstoren enden. Wir wollen EU-weit die Mitbestimmung von Betriebsräten stärken. Sie müssen über Entlassungen, Investitionen oder Standortverlagerungen mitentscheiden. Wenn Jugendliche betroffen sind, müssen auch sie beteiligt werden.

## DAS STECKT HINTER DIESER FRAGE

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht selbstverständlich, sie müssen weiter gestärkt und ausgeweitet werden. Manche Parteien und Regierungen, wie z.B. die aktuelle Regierung Ungarn, wollen mehr Macht und Kontrolle. Sie gehen daher gegen unabhängige Gerichte und Gruppen der Zivilgesellschaft vor, die sich nicht ihrem Willen beugen.

**CDU  
CSU**

Folgen

Uns ist wichtig, dass alle Menschen in Europa ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie führen können.

Das Erstarren antidemokratischer Kräfte bedroht derzeit vielerorts die freiheitliche Demokratie und verlangt unseren vollen Einsatz für unser freiheitliches Europa. Dafür gibt es Verfahren zum Schutz der Grundwerte der EU im EU-Vertrag und seit 2020 einen neuen EU-Rechtsstaatsmechanismus, mit dem Zahlungen an Mitgliedstaaten ausgesetzt werden können, wenn diese gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, etwa die Pressefreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen oder die Unabhängigkeit der Richter in Frage stellen. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, diese Regelung, wenn nötig, konsequent zu nutzen.

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Folgen

Überall in Europa ist die Demokratie unter Druck. Deswegen treten wir Demokratiefeind\*innen entschieden entgegen. Unsere Demokratie ist stark, weil eine lebendige Zivilgesellschaft sie mitgestaltet. Wir unterstützen eine grenzüberschreitende und europäische Zivilgesellschaft. Im Parlament haben wir uns erfolgreich für ein europäisches Vereinsrecht eingesetzt, damit zivilgesellschaftliche Initiativen EU-weit rechtlich abgesichert arbeiten können. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme angemessen ausgestattet werden, die Initiativen unterstützen, die sich für die Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck stehen. Wir wollen die Demokratie in der EU ausbauen, mit mehr Mitsprache fürs Parlament, mehr Handlungsfähigkeit durch die Abschaffung nationaler Vetos und mehr Transparenz. Regeln und Instrumente zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit müssen konsequent angewendet werden.

**AfD**

Folgen

**Warum steht hier nichts?**  
Die Antwort steht auf der Seite 4.

**Freie Demokraten  
FDP**

Folgen

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament, auf dem die EU aufgebaut ist. Wir setzen uns für eine EU ein, die diese Werte auch nach innen verteidigt und konsequent gegen autokratische Regierungen vorgeht. Künftig soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedsstaats, der Kommission oder des Parlaments die Auszahlung von EU-Geldern stoppen können. Wir fordern zudem eine schnelle und konsequente Reaktion bei Angriffen auf die Pressefreiheit durch Mitgliedstaaten der EU. Eine unabhängige Medienaufsicht in der EU und den Mitgliedstaaten ist für uns zentral. Zudem unterstützen wir zivilgesellschaftliches Wirken gemeinnütziger Vereine, Organisationen und Stiftungen als wichtigen Pfeiler zur Stärkung der Demokratie.